

Wie kam es zur Demonstration am 19.2.1977?

1. Der praktische Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau von Atomanlagen hatte nach der erfolgreichen Platzbesetzung in Wyhl vor allem durch die Kundgebungen der BUU vom 30.10. und 13.11.76 in Brokdorf bundesweit einen großen Aufschwung genommen. Überall wurden neue Bürgerinitiativen gegründet und stießen neue Menschen zur Anti-AKW-Bewegung hinzu.

Die Verleumdungskampagne in der Presse vor und nach dem 13.11., die Polizeiüberfälle und Strafverfolgungen hatten ihr Ziel nicht erreichen können, weder distanzieren sich wesentliche Teile der BUU vom praktischen und entschiedenen Widerstand, noch wurde den ständigen Drohungen der Landesregierung, die BIs müßten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten fassen, nachgegeben.

Im Gegenteil, am 3.12. beschloß die Regionalkonferenz der BUU, eine dritte Großkundgebung im Februar 1977 am Bauplatz Brokdorf vorzubereiten und bundesweit dafür zu mobilisieren.

Schon frühzeitig wurde deutlich, daß die Gegenseite alle Register ziehen würde, um einer erneuten bundesweiten Zusammenfassung der AKW-Gegner am Bauplatz Brokdorf zu verhindern. Auch innerhalb der Bewegung gab es einflußreiche Kräfte, die alles daran setzten, die neue Kundgebung zu sabotieren.

Deshalb wurde die Mobilisierung zum 19.2. zu einer wichtigen Kraftprobe zwischen Atomindustrie, Bundes- und Landesregierung auf der einen und der Anti-AKW-Bewegung auf der anderen Seite.

2. Der vom Verwaltungsgericht Schleswig angeordnete vorläufige Bau-stopp war die wichtigste Grundlage, auf der versucht wurde, Differenzen innerhalb der Bewegung über das weitere Vorgehen zu einer großangelegten Spaltung, Kriminalisierung und Zerschlagung der Bewegung auszunutzen. Obwohl der Baustopp von der NWK zu keinem Zeitpunkt wirklich eingehalten wurde (die Bauarbeiten gingen weiter) und kein Zweifel an dem Willen der AKW-Betreiber bestand, das AKW fertig zu bauen und in Betrieb zu nehmen, versuchte die Landesregierung, innerhalb der Bevölkerung die Illusion zu verbreiten, jetzt sei der aktive Kampf nicht mehr notwendig, man solle den Gerichten vertrauen. Wer weiterhin an der Kundgebung am Bauplatz festhielt, sollte als „Feind des Rechtsstaates“ dargestellt und kriminalisiert werden.

Bei wiederholten Nachfragen und Diskussionen erklärte nicht ein einziges Mitglied der BUU, daß es persönlich daran glaube, daß jetzt der Weg über die Gerichte erfolgreich sein werde. Im Gegenteil: Die Regionalkonferenz vom 17.12. und 27.12. bestätigten ausdrücklich und einstimmig den Beschluß, für den 19.2. zu einer Kundgebung am Bauplatz zu mobilisieren. Dabei gab es jedoch, wie schon vor den Großkundgebungen vom 30.10. und 13.11. Differenzen darüber, ob ein Besetzungsversuch durchgeführt werden sollte. Am 27.12. stimmten 16 Delegierte für eine Kundgebung ohne Besetzungsversuch, 14 für einen Besetzungsversuch. Anfang Januar schließlich wurde von Teilen der BUU unter Hinweis auf die „Rückständigkeit der Bevölkerung“, die angeblich in die Gerichte vertraue, erklärt, die Kundgebung dürfe nicht am Bauplatz stattfinden, Mehrheitsentscheidungen hierüber seien ungültig. Als Alternative wurde dann von SPD und DKP-Vertretern der – von Stoltenberg schon vorgebrachte Vorschlag entwickelt, in Itzehoe zu demonstrieren – mit Kulturprogramm, Vertretern von SPD und DKP Kulturprogramme zu gestalten.

3. Warum hielten wir an der Kundgebung am Bauplatz fest?

In dieser Situation gab es große Unsicherheit auch innerhalb derjenigen, die vorher entschlossen waren, die Kundgebung am Bauplatz durchzuführen und sich auch schon darauf vorbereiteten.

Viele hatten sich bisher trotz verschiedener Hinweise auf die möglichen Spaltungsmanöver in ihren Vorbereitungen zu stark darauf konzentriert, die Durchführung der Kundgebung selbst vorzubereiten. Gleichzeitig war der politischen Mobilisierung innerhalb der BUU und im Bundesgebiet zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden.

Deshalb waren die Bürgerinitiativen auf eine mögliche Spaltung nicht vorbereitet, es bestand auch bisher keine Erfahrung gegenüber solchen Entwicklungen. Die BIs hatten den Beschlüssen vertraut und nicht damit gerechnet, daß jetzt Teile der BI Kremppe und Wewelsfleth und vor allem SPD und DKP jetzt mit allen Mitteln eine Spaltung durchzusetzen versuchen würden und dabei auch nicht vor Diffamierung, Geheimgesprächen und Zusammenarbeit mit bekannten AKW-Befürwortern zurückschrecken würden. Nach langer Diskussion entschied sich der 1. Bundeskongreß vom 15.1. mit 2/3 Mehrheit für die Kundgebung am Bauplatz am 19.2. Die Hamburger Regionalkonferenz erklärte in einem Flugblatt: „Wir glauben, daß ein Zurückweichen unserer Sache mehr schaden als nützen wird. Die Bewegung gegen die Atomkraftwerke, die seit November einen großen Aufschwung genommen hat, wird dadurch zum Stehen kommen, sie wird „verlagert“. ... Ebenso muß die Verschiebung auf einen späteren Termin – wenn offiziell weitergebaut wird, uns schwächen. Die Hetze und die Spaltungsversuche gegen die BUU würden sich weiter verstärken. Nachdem das gemeinsame Ziel, den Bau von AKWs zu verhindern, nur noch indirekt, über Gerichte, Medien und Parlamente verfolgt würde, würden sich die Gelegenheiten zur Spaltung vervielfachen.“

Entscheidend für unser Festhalten an dieser Aktion war, daß immer deutlicher wurde, daß hinter den Differenzen über den Ort, Zeitpunkt und die Form der Aktion grundsätzliche Unterschiede bestanden, nämlich, ob der Widerstand gegen AKWs gestützt auf unsere eigene Kraft und Geschlossenheit praktisch weitergeführt werden soll, oder ob die Sackgasse von Parlamenten, Gerichten, Kommissionen, Geheimverhandlungen und scheinheiliger „Mitbestimmung“ eingeschlagen werden soll.

Hinter den Spaltungsmanövern und dem Demonstrationsaufruf nach Itzehoe standen maßgeblich neben Bundes- und Landesregierung die Parteiführungen von SPD, FDP und DKP – also Kräfte, die hinter dem Atomprogramm der Bundesregierung stehen bzw. die Atomanlagen in der DDR und Sowjetunion unterstützen.

Hätten wir uns der Erpressung dieser AKW-Befürworter beugen sollen? Damit wäre die Bewegung gespalten worden und AKW-Befürworter hätten sich an die Spitze stellen können, wie sie es in Itzehoe versucht haben.

Innerhalb der Bewegung gab es kontroverse Auffassungen, wie angesichts der zwei Demonstrationen unsere Mobilisierung durchgeführt werden müsse. Einige AKW-Gegner meinten, man solle beide Demonstrationen als gleichwertig nebeneinander darstellen und keine scharfe politische Auseinandersetzung über die Spaltungsversuche führen. Dadurch würden die vielen Menschen, die nach Itzehoe gehen wollten, verschreckt.

Einige BIs wollen sich auch aus der Auseinandersetzung „Brokdorf – Itzehoe“ ganz heraushalten und eigene örtliche Aktivitäten durchführen. Dies halten wir für falsch, da übersehen wurde, daß es um zwei Wege der Anti-AKW-Bewegung ging – den Weg des selbständigen Widerstandes oder die Sackgasse der Gerichte und Parlamente. Wir meinen, daß nur durch die politische Auseinandersetzung über diese Alternativen alle AKW-Gegner die Bedeutung unserer Aktionen klar werden konnte und diejenigen, die den Argumenten der bewußten Spalter noch glaubten, für unsere Vorstellungen gewonnen werden konnten. Gerade um die Einheit der Anti-AKW-Bewegung zu verteidigen, war es notwendig, die Organisatoren der Spaltung scharf anzugreifen und die ehrlichen AKW-Gegner zu gewinnen, am 19.2. nach Brokdorf zu kommen und gegen die Spaltung Stellung zu nehmen. Der Bundeskongreß in Wilster am 12.2. erklärte dazu: „Dieses Vorgehen (die Spaltungsversuche) hat dazu geführt, daß ein Teil der AKW-Gegner in Itzehoe demonstrieren will. Wir müssen dies akzeptieren, auch wenn wir es für schädlich und illusorisch halten. Wir fühlen uns auch weiterhin solidarisch mit diesen Menschen, auch wenn wir uns in unserem Vorgehen und in unserer politischen Einschätzung unterscheiden. Allerdings sind an der Vorbereitung der Demonstration in Itzehoe die Parteien SPD und FDP maßgeblich beteiligt. Dieselben Parteien, die gleichzeitig hinter dem Atomprogramm der Bundesregierung stehen. Außerdem setzt sich die DKP massiv für eine Demonstration in Itzehoe gegen AKWs ein, durch Verbreitung falscher Nachrichten und Verleumdung vieler AKW-Gegner als „Chaoten“. Andererseits verschweigt bzw. unterstützt sie offen den Bau derselben Atomanlagen in DDR und Sowjetunion... Deswegen fordern wir alle ehrlichen AKW-Gegner auf, die nach Itzehoe gehen wollen, ihren Entschluß noch einmal zu überdenken.“

Wir halten daran fest, die Großkundgebung am 19.2. in Brokdorf durchzuführen. Wir können nicht mit unserem Widerstand nach Itzehoe oder sonst wo hingehen. Wir müssen zum Bauplatz gehen und damit zeigen, daß wir unsere Forderungen selbst verwirklichen wollen. Um das AKW zu verhindern, können wir uns keine Denkpause leisten und uns nicht auf Gerichtsurteile verlassen. Wir fordern alle AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung – und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protestes – dazu auf, durch ihre Teilnahme an der Großkundgebung ihren Willen zu zeigen, auch weiterhin für die Erfüllung ihrer Forderungen zu kämpfen.“

Andererseits gab es die Vorstellung, daß am 19.2. sowieso nur die „militanten“ AKW-Gegner kommen würden, und wir uns damit praktisch auf die Spaltung der Bewegung einzustellen hätten, eine politische Mobilisierung aller AKW-Gegner für Brokdorf sei nicht entscheidend, sondern eher aussichtslos. Die Vertreter dieser Position wollten damit nicht nur die Spaltung kampfflos hinnehmen, sondern waren auch der Auffassung, daß es nur eine kleine Minderheit sei, die nach Brokdorf kommen werde. Auch dies wurde vom Bundeskongreß am 12.2. nicht akzeptiert. Dort wurde festgehalten, daß die Differenz zwischen Brokdorf und Itzehoe nicht in den unterschiedlichen Aktionsformen bestehe, hier Besetzung, dort „friedliche“ Kundgebung; sondern daß die Kundgebung in Itzehoe geführt werde von AKW-Befürwortern und der Bewegung die Sackgasse der Gerichte und Parlamente und damit die Spaltung aufzwingen wolle, während in Brokdorf alle AKW-Gegner über parteipolitische und weltanschauliche Differenzen hinweg demonstrieren würden. Es galt gerade, zwar der Spaltung in zwei Kundgebungen ins Auge zu sehen, aber die Spaltung der Bewegung durch ein breite politische Mobilisierung und den Kampf um die Einheit zu verhindern. Mit dieser Orientierung des Bundeskongresses war ebenfalls festgelegt, daß das Hauptziel der Kundgebung am 19.2. im Unterschied zum Bundeskongreß war, die verschiedenen Zusammenschlüsse aller AKW-Gegner gegen Spaltungen, Preschetze und die Verfälschung unserer Ziele und Forderungen bestand und demgegenüber ein Besetzungsversuch am 19.2. selbst untergeordnet war.

Wir meinen, daß diese politische Orientierung des Bundeskongresses richtig war und die Grundlage dafür darstellte, daß nach größter Verwirrung innerhalb der letzten acht Tage sich die meisten der 40.000 Menschen entschlossen, an der Kundgebung in Brokdorf teilzunehmen. Diese Grundlage darf auch bei dem weiteren Kampf der Bürgerinitiativen nicht vergessen werden, wenn wir die Einheit der Anti-AKW-Bewegung gegen alle Spaltungsversuche verteidigen wollen.

Chronologie

- 4.12. Die Regionalkonferenz der BUU beschließt einstimmig für Anfang Februar eine Großkundgebung am Bauplatz zu organisieren und bundesweit dazu aufzurufen.
- 17.12. Das Schleswiger Verwaltungsgericht beschließt das sogenannte „Baustopp-Urteil“. Dieses Urteil stellt zunächst die Rechtmäßigkeit der sofortigen Vollziehbarkeit der ersten Teilbaugenehmigung in Frage. Es beschäftigt sich in keinem Punkt mit der prinzipiellen Gefährlichkeit der Atomenergie. Die Landesregierung soll lediglich den Bedarf von Atomenergie nachweisen. Das „Baustopp-Urteil“ sieht ferner uneingeschränkt die Weiterführung solcher Baumaßnahmen vor, die zur Aufrechterhaltung des Geländezustandes und zur weiteren „Sicherung des Baugebietes“ erforderlich sind. Am selben Abend beschließt die Marschenkonferenz, „auf keinen Fall auf die geplante Aktionen zu verzichten“ und bekräftigt die Beschlüsse vom 4.12.
Die Einladung zu einem Bundeskongreß in Wilster am 14./15.2. wird bestätigt.
- 18.12. Landwirte aus der Wilstermarsch führen eine Trecker-Demonstration zum Bauplatz durch, an der sich 100 Fahrzeuge beteiligen.
- 23.12. Das Plenum der Hamburger Bürgerinitiativen verabschiedet ein Ultimatum an die Landesregierung: Ist bis zum 19.2. der Bauplatz nicht geräumt, so wird er besetzt. Sind unsere Forderungen erfüllt, so findet in Brokdorf ein Freudenfest statt. In jedem Fall wird am 19.2. in Brokdorf eine bundesweite Kundgebung durchgeführt.
- 27.12. Landeskongress der BUU beschließt:
Am 19.2. findet in Brokdorf am Bauplatz eine Großkundgebung statt. (einstimmig)
Bei verkündetem Baustopp und Beibehaltung der Baueinrichtungen und der Befestigungen soll der Versuch gemacht werden, den Platz zu besetzen. Dafür 14; dagegen 16; Enthaltungen 12.
Falls der Bau weitergeführt wird, wird der Versuch gemacht, den Platz zu besetzen. (einstimmig)
Bei positiven Gerichtsentscheid ist ein Ultimatum auf die Räumung des Platzes zu stellen. (einstimmig)
Da das „Baustopp-Urteil“ die Spaltung noch nicht herbeiführen konnte, setzt eine massive Hetze ein. Bundeskanzler Schmidt spricht sich in seiner Regierungserklärung eindeutig für das Atomprogramm aus, um erklärt sich auf dieser Grundlage für einen „Bürgerdialog“ mit den Bürgerinitiativen bereit. Bedingung sei allerdings, daß sich die „demokratischen Kräfte“ von den „Extremisten“ trennen. Stoltenberg erklärt seine Bereitschaft zu „Gesprächen“, wenn sich die Bürgerinitiativen von den „radikalen Kräften“ trennen. Außerdem forderte er, die BUU könne überall demonstrieren, in Wilster, Itzehoe oder Kiel, aber nicht am Bauplatz.
In demselben Tenor beginnt die Presse gleichlautend eine Stimmungskampagne gegen die AKW-Gegner.
- 11.1. Landeskongress der BUU. Es werden keine neuen Beschlüsse gefaßt. Erstmals werden Vorschläge gemacht, nach Itzehoe oder Wilster zu gehen.
- 15./16.1. Bundeskongreß in Wilster: 180 Delegierte beschließen einstimmig am 19.2. eine Großkundgebung in der Wilstermarsch durchzuführen. 2/3 sind für eine Kundgebung am Bauplatz, knapp mehr als die Hälfte spricht sich für eine Besetzung aus. Nach den massiven Auftritten von SPD und DKP-Vertretern herrscht unter vielen BIs Unsicherheit angesichts der möglichen Spaltung.
- 19.1. Trotz des gerichtlich verfügten Baustopps werden noch am 19.1. von Augenzeugen Arbeiten mit schwerem Gerät (z.B. Bagger) sowie der Antransport von Kranbauteilen der Dortmunder Firma „Franke“ zum Bauplatz festgestellt. Fotografen werden durch Polizei und Werkschutz massiv bei Dokumentationsversuchen behindert. Einflußreiche Mitglieder der Wewelsflether BI verhindern, daß das vielfältige Fotomaterial über die Bauarbeiten ausgewertet wird, da „dies nur für die Mobilisierung zum 19.2. verwendet würde.“
- 22.1. 8.000 AKW-Gegner demonstrieren in Hamburg gegen das Atomprogramm und für die Vorbereitung der Großkundgebung am Bauplatz. Nach Abschluß der Kundgebung werden zahlreiche Teilnehmer von der Polizei brutal angegriffen und z.T. krankenhaushausreif geschlagen.
In der Woche nach dem 20.1. finden Geheimverhandlungen statt, an denen das Wirtschaftsministerium, H.H. Wüstenhagen, H. Schulz und H. Häuser teilnehmen. Stoltenberg bietet an, den 2. Teilbaubeginn nach der Entscheidung des Lüneburger Obergerichtes zu verschieben. Er verlangt dafür keinerlei Aktivitäten am Bauplatz. Diese Verhandlungen finden ohne Wissen und gegen die Beschlüsse der BUU statt.
- 27.1. In der Wilster Marsch wird ein gefälschtes Flugblatt unter Aufmachung der KPD/ML verteilt (mit Hilfe des Verfassungsschutzes), in dem die Bauern als „Scheißbauern“ bezeichnet werden, auf die „keine Rücksicht“ zu nehmen sei. „Wir besorgen uns die Trecker und andere Fahrzeuge der Bauern, blockieren damit für mindestens zwölf Stunden die Bewegungen der Polizei, wenn wir dafür sorgen, daß die Trecker der Bauern nicht mehr fahrbar sind. (am besten mit Benzin überschütten und anstecken.) Stützpunkte in Scheunen errichten. (die Bauern nicht lange fragen und diskutieren.)“
Am selben Tag findet eine groß aufgemachte Pressekonferenz statt, auf der Stoltenberg mit dem Einsatz des BGS, totaler Absperrung der Wilster Marsch am 19.2. droht, die Marschbauern vor den „Gewaltaktionen“ der AKW-Gegner warnt und sich auf die Verhandlungen mit „führenden Vertretern der Bürgerinitiativen“ beruft. Er bietet erneut an, überall zu demonstrieren und schlägt besonders Itzehoe vor.
- 30.1. Landeskongress in Rendsburg: nach ausführlicher Beratung wird mit 20:19 Stimmen der Beschluß gefaßt: „Die Landeskongress fordert alle Menschen auf, am 19.2. zu einer Großkundgebung am Bauplatz in Brokdorf zu kommen und unverzüglich verstärkt mit den Vorbereitungen zu dieser Kundgebung fortzufahren.“ Die Geheimverhandlungen von einzelnen BUU-Mitgliedern mit Stoltenberg werden verurteilt. Bevor jedoch eine Beratung über eine Einigung angesichts des knappen Abstimmungsergebnisses durchgeführt werden kann, ziehen die Vertreter der Minderheit fast alle aus, ohne jedoch ihr Vorhaben, in Itzehoe zu demonstrieren darzustellen.
- 3.2. Vollversammlung der Hamburger BIs mit 1.300 Teilnehmern beschließt einhellig, weiter für Brokdorf zu mobilisieren.
- 4.2. Auf der Marschenkonferenz legen Mitglieder der Kremper BI ein Papier vor, in dem verlangt wird, sich von „Chaoten“ zu distanzieren und daß die Forderungen der BUU: „Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo“, „Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden“ nicht nennt, sondern stattdessen „Kein Baubeginn vor Gerichtsentscheid“. Es wird verhindert, daß ordentliche Delegierte für die Landeskongress stimmt werden.
- Regierungssprecher Bölling „warnt“ die Bürgerinitiativen, kündigt den Einsatz des BGS an und beschimpft die AKW-Gegner als „Chaoten“.
- 6.2. Landeskongress der BUU beschließt mit großer Mehrheit einen Aufruf zum 19.2. nach Brokdorf. Gleich zu Beginn versuchen einige DKP-Funktionäre die Beratung zu chaotisieren, ziehen einen „Aufruf Hamburger Bürger“ für Itzehoe aus der Tasche, von denen keiner innerhalb der BUU mitgearbeitet und die fast alle im Umkreis der DKP stehen. Als die Sprengung nicht gelingt, ziehen viele Mitglieder der Westküste und weitere SPD- und DKP-Vertreter aus. Viele Vertreter der Marschenkonferenz sind gar nicht erschienen. Der Aufruf zum 19.2. wird unterstützt von allen Delegierten aus Hamburg, sieben von zehn Delegierten der Ostküste, mehreren Delegierten der Westküsten, und Vertretern von acht BIs der Wilstermarsch.
Weitere Beschlüsse gegen die Spaltungsversuche werden gefaßt. Landrat Brümmer hat eine Unterschriftensammlung „Frieden für die Wilstermarsch“ gestartet, die von Polizei und Behörden unterstützt wird, mit der die Angst der Bevölkerung geschürt werden soll. Die Landeskongress verurteilt diese Einschüchterung und stellt klar, daß der Unfriede durch AKW-Betreiber und Polizei in die Wilstermarsch gebracht wurde.
- In den folgenden Tagen treten in der Medienöffentlichkeit massiv „Initiativen“ auf, die von CDU, SPD, FDP und DKP gelenkt werden und für Itzehoe aufrufen. Sie bezeichnen sich als BUU-Landeskongress und legen sich auch in Hamburg Namen von BUU-Gruppen zu, um so Verwirrung stiften zu können. Am 8.2. wird ein Organisationsbüro einer „Aktion Stopp dem Atomprogramm“ eröffnet. In der Presse wird das Spaltungsschema „Besonnene AKW-Gegner demonstrieren in Itzehoe“ – „Chaoten und ein paar verführte Mitläufer planen Gewaltaktionen in Brokdorf“ seitdem durchgängig und nahezu gleichgeschaltet mit sich verschärfender Tendenz verfolgt. In der Wilstermarsch werden verschiedene BIs durch angekarnte DKP-Mitglieder zu Mehrheitsentscheidungen für Itzehoe gezwungen (Wedel: 25 neu auftauchende DKP-Mitglieder, Itzehoe ähnlich). Weitere Versuche finden in vielen weiteren BIs besonders der Wilstermarsch statt.
- 8.2. Wie später durch einen Teilnehmer aufgedeckt wird, findet an diesem Abend ein weiteres Geheimtreffen in Quickborn statt. Dort treffen zusammen SPD/FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzende, Juso- und Judo-Landesvorstände, Vertreter des Bundesvorstandes der Jusos, ein IGM/DKP-Funktionär aus Kiel sowie Vertreter der BIs Krempe und Wewelsfleth, die dies natürlich gegen den von ihnen selbst unterstützten Beschluß der BUU tun. Es werden weitere Einzelheiten über die Organisation der Itzehoe-Kundgebung und zum Polizeieinsatz in Brokdorf abgesprochen. Widerspruchslos werden Informationen über die Beeinflussung der Presse durch Stoltenberg ausgetauscht.
- 9.2. Die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Schleswig verlängert die „aufschiebende Wirkung der sofortigen Vollziehbarkeit für die erste Teilbaugenehmigung“ und verlängert damit – in juristisch-formaler Hinsicht den „Baustopp“. Auf die Mobilisierung zum 19.2. bleibt der Gerichtsentscheid ohne Einfluß.
- 13.2. Bundeskongress in Wilster. Vertreter von ca. 80 BIs aus 50 Städten beschließen mit großer Mehrheit einen Aufruf zum

19.2., legen die Prinzipien für die Durchführung fest und bestimmen die Demonstrationsleitung.

In der gesamten Presse wird nicht oder nur entsteht über die tatsächlichen Beschlüsse und die Mehrheitsentscheidungen für Brokdorf berichtet. Systematisch wird die Itzehoe Demonstration von Springer, „Morgenpost“, DGB-Zeitungen und „UZ“ der DKP angepriesen. Die Boulevard-Presse erfindet „Schlachtpläne“, „enthüllt“ die angeblichen „Bürgerkriegsvorbereitungen von Chaoten, K-Gruppen, militanten Anarchisten usw.“. Der ungeheure Aufmarsch von Polizei und BGS für den 19.2., über den immer mehr Einzelheiten durchsickern, soll so gerechtfertigt werden, wenn nicht sogar erwartete Opfer. Trotzdem werden in immer mehr BIs Beschlüsse für Brokdorf gefällt.

14.2. Auf Betreiben der Kieler Landesregierung verbietet der Landrat Brümmer des Kreises Steinburg die Demonstration am 19.2. am Bauplatz in Brokdorf. Neben zahlreichen Protesten wird sofort auch Rechtsmittel gegen das Verbot eingelegt. Die Pressekampagne erreicht neue Höhepunkte: Hemmungslos wird die Horrormeldung des „Weser-Report“ nachgedruckt, wonach die Demonstranten hilflose Kleinkinder und Babys den Wasserwerfern und Gaseinsätzen der Polizeitruppen wie „Geiseln“ entgegenhalten wollen.

15.2. Gegen einzelne bekannte AKW-Gegner werden systematisch Pogromstimmungen verbreitet. In Bremen werden gegen Professor Jens Scheer telefonische Drohungen ausgestoßen und in der Presse sein Foto als „Drahtzieher“ des „Terrors“ verbreitet. In Hamburg wird gegen Fritz Storim eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die er mit 500.000 DM Strafe, ersatzweise zwei Jahre Haft bedroht wird, daß er weiter für eine Demonstration und Kundgebung in Brokdorf eintritt bzw. an ihr teilnimmt. Gleichzeitig wird er zur Schulbehörde zitiert und soll sein Berufsverbot eingeleitet werden.

16.2. In der Wilstermarsch kündigt die Polizei in einem Flugblatt an die Bevölkerung Notstandsmaßnahmen an und versucht einen Keil zwischen auswärtige und einheimische AKW-Gegner zu treiben. Die Bevölkerung soll nicht nur Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit „nur zu ihrem persönlichen Schutz“ hinnehmen, sondern selbst den Demonstranten keinerlei Unterstützung leisten. Die Bauern werden aufgefordert, ihre Höfe durch Stationierung von Polizei schützen zu lassen. (Was von diesem Schutz zu halten ist, zeigt sich dann am 19.2., als Polizisten bei Bauern, die AKW-Gegner aufgenommen hatten, sämtliche Scheiben einschlagen, Höfe durchwühlen und willkürliche Beschlagnahmungen vornehmen.)

16.2. Der selbsternannte Vorsitzende der BBU, H.H. Wüstenhagen, der vorher an den Geheimverhandlungen gegen den ausdrücklichen Beschluß der BUU teilgenommen hat, distanziert sich in der Springer-Presse von der Brokdorf-Demonstration. Die Beschlüsse des Bundeskongresses scheinen ihn nicht zu interessieren. Gleichzeitig verschickt er einen Rundbrief, in dem er in die Verleumdung der AKW-Gegner einstimmt und nach Itzehoe auffordert. Ein ebensolcher Brief wurde von der BI Krempe (unterzeichnet Lars Hennings) verschickt.

17.2. In einem in hoher Auflage verbreiteten Flugblatt der BUU wird trotz Verbot weiterhin zur Kundgebung in Brokdorf am Bauplatz aufgerufen: „Wir fordern deshalb alle Atomkraftwerksgegner, die ganze demokratische Öffentlichkeit auf, gerade jetzt praktisch gegen dieses Demonstrationsverbot zu kämpfen...“

Aus der ganzen BRD und aus dem Ausland treffen laufend Anmeldungen für die Demonstration ein.

Nach 20stündiger Beratung hebt das Verwaltungsgericht Schleswig das Demonstrationsverbot teilweise auf: Eine Kundgebung auf einem Parkplatz, 400 Meter vom Bauplatz entfernt, wird erlaubt („keine ausreichenden Anhaltspunkte für Gewalttaten“).

Abends Großveranstaltung der BUU in Hamburg mit 4.500 Teilnehmern zur Mobilisierung für Brokdorf.

Abends greift Bundeskanzler Schmidt persönlich über das „unabhängige Medium“ Fernsehen ein, lobt die Verantwortlichen für die Itzehoe-Kundgebung als „verantwortungsbeußte Mitbürger“ und diffamiert die Brokdorf-Demonstranten als „vom Terrorismus nicht mehr sehr weit entfernt“, denen es um Zerstörung und Gewalt ginge.

18.2. Nach Intervention der Kieler Landesregierung und unter dem Eindruck der Rede von Schmidt macht das Verwaltungsgericht Schleswig seine eigne Entscheidung wieder rückgängig – ein denkwürdiges Zeichen der „Unabhängigkeit der Gerichte“. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt am selben Tage das Verbot.

Die Presse überschlägt sich: Meldungen über „Die Extremisten stürmen mit Babys auf dem Arm“, „Mit Brechstangen nach Brokdorf – mit Plakaten nach Itzehoe“, „mit Babys gegen Polizisten nach Brokdorf“, „Die Demokratie gibt sich auf, wenn sie der Gewalt weicht“, „Ein Dorf in Angst“, „55 Sprengsätze sichergestellt“ usw. werden nicht nur vom OVG Lüneburg als „Beweis“ für „zu erwartende Gewalttätigkeiten“ herangezogen, sondern dienen als Legitimation für willkürliche Hausdurchsuchungen, 92 Verhaftungen und Busbehinderungen durch die Polizei. In Hamburg, Flensburg, Bremen u.a. werden Flugblattverteiler verhaftet, „wegen Aufruf zu einer verbotenen Demonstration“.

In der Nacht vom 18. auf den 19.2. vergeht keine Sendung der Fernseh- und Rundfunkanstalten, in der nicht von neuen

Greuelmeldungen die Rede ist: Angeblich werden bei AKW-Gegnern Bomben, Molotow-Cocktails, Sprengsätze, Dolche, Keulen, Säuren etc. in Mengen gefunden. Eine ständige Überwachung bekannter AKW-Gegner wird durchgeführt.

Wie sind wir dagegen vorgegangen und welche Fehler sind vorher deutlich geworden?

Diese Situation kam für die meisten AKW-Gegner und BIs vollständig überraschend. Vorher waren sie als „Bürgerbewegung“ noch einigermaßen geduldet gewesen, jetzt setzte eine gleichlautende Verleumdung in der Presse und allen Bundestagsparteien ein. Die Demonstration war verboten, gleichzeitig fanden zwei Demonstrationen statt.

Im Bundesgebiet herrschte in den BIs größte Verwirrung, Gerüchte über Abstimmungsergebnisse der BUU jagten einander, ohne daß sie kontrolliert werden konnten. Die Unsicherheit über die Haltung der Bevölkerung nach dem Baustopp-Urteil wurde von einigen aufgegriffen, um sich gegen beide Demonstrationen zu stellen und nicht klar zu den Initiatoren der Spaltung in Itzehoe Stellung zu nehmen und für örtliche Aktivitäten einzutreten.

1. Sehr deutlich war der Mangel, daß es kein einheitliches Informationssystem innerhalb der BIs gab, so daß die meisten auf persönliche Kontakte, Zufälle oder auf die Wüstenhagen- und Krempe-Briefe angewiesen waren.

Erst durch den Bundeskongreß am 12./13.2. in Wilster setzte innerhalb der bundesweiten Bewegung ein Umschwung ein.

Ein zweiter Fehler bestand darin, daß es versäumt worden war, alle AKW-Gegner rechtzeitig auf die Gefahr der Spaltung aufmerksam zu machen, und die scheinheiligen AKW-Gegner, die sich innerhalb der Bewegung breit zu machen versuchten, vor allem SPD und DKP, politisch zu isolieren und zu zeigen, daß sie unserem Kampf die Spitze abbrechen und das Atomprogramm durchzusetzen helfen.

Insgesamt wurde die politische Auseinandersetzung über den Stand der Anti-AKW-Bewegung, die Alternativen am 19.2. zu wenig geführt, so daß einerseits Zögern und Unsicherheit, andererseits vor allem in Hamburg, Selbsttäuschung über die Entschiedenheit der bundesweiten Bewegung sehr stark waren.

Ein dritter Fehler war es, daß von den Bürgerinitiativen zu wenig der Kampf um ihre demokratischen Freiheiten geführt wurde. So wurde erst zwei Tage nach dem Demonstrationsverbot ein Flugblatt der BUU herausgegeben, die zahlreichen Übergriffe und Behinderungen und Bespitzelungen nicht dokumentiert und besonders gegen die Lügenkampagne der Presse zu wenig unternommen. Die Erfahrung vor allem nach Grohnde zeigt, daß dies sehr wirksame und notwendige Aufgaben sind, die einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit ausmachen. Die meisten Menschen und BIs entschlossen sich erst innerhalb der letzten acht Tage dazu, nach Brokdorf zu kommen. Überall, wo eine breite Diskussion der Lage und Alternativen geführt wurde, konnten große Kontingente für die Demonstration mobilisiert werden, so daß gerade diese politische Auseinandersetzung in der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung und die Tatsache, daß sich die überwältigende Mehrheit für die Brokdorf-Demonstration und die Forderungen des Bundeskongreß' entschied, bereits einen entscheidenden Erfolg des 19.2. ausmachen, da sich die Spalter nicht durchsetzen konnten. Die meisten Menschen waren bereit, die Einheit der AKW-Gegner gegen die Verbote und Verfolgung durch den Staat zu verteidigen und gegen die scheinheiligen AKW-Gegner, die in Wahrheit das Atomprogramm unterstützen, wie SPD und DKP-Vorstände, praktische Stellung zu nehmen.

Erst in der letzten Woche entschlossen sich nach einer solchen Diskussion folgende BIs: Bielefeld, Heidelberg, Bamberg, Würzburg, Göttingen, Tübingen, Köln, Lüneburg, Hannover, Freiburg, Essen, Wuppertal, Gelsenkirchen, Hagen, München, Hildesheim, Frankfurt, Westberlin und andere. In Bremen, Frankfurt, Westberlin, Hannover, Köln, u.a. wurden Beschlüsse für örtliche Aktionen oder Itzehoe kurzfristig wieder zurückgenommen und nach Brokdorf aufgerufen.

Nach am Freitagabend trafen im Hamburger BUU-Büro Vertreter von mehreren BIs ein, um eine endgültige Entscheidung über den Demonstrationstort zu beraten. Selbst am 19.2. während der Fahrt lenkten viele Busse weiter von Itzehoe aus, nachdem sie mit Vertretern der BUU diskutiert und die Einheitlichkeit unserer Aktion selbst gesehen hatten.

2. Ein weiterer Teil der Vorbereitung des 19.2. lag in der Wilstermarsch selbst, mehrfach trafen sich Vertreter von fünf BIs und starken Minderheiten aus drei weiteren. Am 17.2. fand in Wilster selbst eine Diskussionsrunde mit Menschen aus der örtlichen Bevölkerung statt, in der über den 19.2. beraten wurde. Zwar gab es dabei, auch innerhalb derjenigen BIs, die für Itzehoe aufrufen, starken Widerstand dagegen, daß sie von AKW-Befürwortern mißbraucht wurden, doch haben wir uns nicht genügend dafür eingesetzt, die Überzeugungsarbeit in der Wilstermarsch zu unterstützen und in allen Orten kleine Veranstaltungen oder ähnliches durchzuführen, um der Einschüchterung und Diffamierung wirksam entgegenzutreten zu können (Unterschriftensammlung von Landrat Brümmer, Flugblätter der Polizei etc.). Dennoch wollten wesentliche Mitglieder der BUU, die auf den Konferenzen für Itzehoe gestimmt hatten, mit nach Brokdorf kommen und auch dazu aufrufen, (so aus Borsfleth, Burg und anderen) gleichzeitig hielten sie jedoch einen Besetzungsversuch für falsch.

3. Ein wichtiger Teil der Mobilisierung war der Kampf gegen die Einschüchterung und Drohung mit dem Einsatz von Polizei und BGS, indem wir die auf dem Bundeskongreß beschlossenen Prinzipien unseres Vorgehens immer wieder öffentlich darlegten. „Unser Ziel ist klar: Wir

wollen den Bau des AKW verhindern. Wir wollen keine militärische Auseinandersetzung. Unsere Stärke ist unsere Zahl, unsere Geschlossenheit und unsere Überzeugung, daß Atomanlagen unser Leben gefährden. Wir sind keine Kamikaze-Kämpfer, sondern wir werden unter Einschätzung der Kräfteverhältnisse und Situation vor Ort entscheiden, wie wir uns verhalten. Wir werden der Gegenseite nicht die Gelegenheit geben, uns zu zerschlagen. Wir werden zeigen, daß wir entschlossen sind, jederzeit wiederzukommen, bis unsere Forderung erfüllt ist: „Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden! Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ (Flugblatt der BUU/HH vom 17.2.)

Die Tatsache, daß auf dem Bundeskongreß eine einheitliche Demonstrationsleitung mit Sprecherrat und Vertrauensleuten gewählt worden war, daß sich alle BIs darin vertreten sahen und an den Beschlüssen beteiligt wurden, trug viel dazu bei, daß sich kurzfristig viele Menschen entschlossen, ihre Angst zu überwinden und sich der Demonstration anzuschließen. Unsere Prinzipien, einheitlicher Anmarsch, einheitliche Aktion und einheitlicher Rückmarsch, wurden allgemein unterstützt, ebenso wie das Prinzip, nur so weit zu gehen, wie dies ohne Zersplitterung und Spaltung der Demonstration möglich ist. Dennoch wäre es notwendig gewesen, das politische Ziel der Demonstration klarer zu bestimmen. Unserer Meinung nach mußte das Ziel dieser Demonstration darin bestehen, eine einheitliche Kundgebung möglichst am Bauplatz durchzuführen, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen und den Spaltem, die die Itzehoe-Kundgebung wesentlich organisierten,

ein Abfuhr zu erteilen, um die Einheitlichkeit der Anti-AKW-Bewegung zu verteidigen. Demgegenüber mußte das Ziel der Besetzung des Bauplatzes für diese Aktion untergeordnet sein. Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche BIs vorher bereits beschlossen hatten, einen Besetzungsversuch nicht zu unterstützen, so Hannover, Bremen, Göttingen, Bielefeld, u.a., hätte dieser Versuch eine erneute Spaltung in die Bewegung hineingetragen. Diese Erwägungen hätten schon vor Fahrtantritt innerhalb der Bewegung diskutiert werden müssen, um ein einheitliches Ziel für die Aktion festlegen zu können, und die aufgetretenen Differenzen bereits vor der Aktion weitgehend klären zu können. So machten sich einige Teilnehmer Illusionen über die Entschiedenheit der bundesweiten Bewegung, und hatten unterschiedliche Auffassungen darüber, wie wichtig die Verteidigung der Einheitlichkeit der Anti-AKW-Bewegung ist, und ob man demgegenüber auf einen Besetzungsversuch verzichten sollte. Wir betonen ausdrücklich, daß diese Differenzen nachträglich auch innerhalb der Demonstrationsleitung aufgetreten sind, für den Verlauf des 19.2. selbst jedoch keine wesentliche Bedeutung hatten. Außerdem betonen wir, daß unsere Überlegung, einen Besetzungsversuch am 19.2. zu unterlassen, hauptsächlich aufgrund der Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung und erst in zweiter Linie aufgrund der Polizei- und BGS-Kräfte beruht.

Es ist jedoch ein schwerer Fehler, daß die Demonstrationsleitung und auch das Sprechergremium diese Einschätzung nicht vorher offen und öffentlich genügend beraten haben und auch nach dem 19.2. nicht frühzeitig gegenüber den BIs ihre Arbeit dargelegt haben.

Die Arbeit der Demonstrationsleitung

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise

Auf dem Bundeskongreß vom 12.2. in Wilster war festgelegt worden, daß die Demonstrationsleitung gebildet wird von den Vertrauensleuten der BIs sowie derjenigen Gruppen, die in der Durchführung der Kundgebung besondere Aufgaben übernommen haben (Sanitäter, Ermittlungsausschuß, Infodienst, sowie Gruppen, die unmittelbar am Bauplatz arbeiten wollten). Die Vertrauensleute sollten Entscheidungen über den Ablauf der Demonstration treffen.

Daneben wurde ein Sprechergremium gewählt, dem neben der Diskussionsleitung (drei Hamburgern), ein Vertreter aus Kiel, aus Bremen, aus dem Ruhrgebiet und Wyhl oder Umgebung angehören sollte. Die Sprecher hatten die Aufgabe, die Informationen zu koordinieren, den Vertrauensleuten Vorschläge zu machen, sowie auf Grundlage der Entscheidungen der Vertrauensleute die Demonstrationsteilnehmer zu informieren und Entscheidungen durchzusetzen. Eine Bewertung dieser Konzeption wollen wir am Schluß vornehmen.

2. Treffen der Vertrauensleute vor dem 19.2.

Am Dienstag, den 15.2. und Freitag, den 18.2. fanden jeweils Beratungen der Vertrauensleute statt. Beide waren öffentlich und wurden auch von Vertretern von politischen Organisationen besucht. An der Zusammensetzung des Vertrauensleutegremiums und der Konzeption gab es eine lange Auseinandersetzung. Anwesend waren am Dienstag vor allem Hamburger, sowie Vertreter aus Kiel, Bremen, Flensburg, Lüneburg, und vielen Städten Schleswig-Holsteins. Am Freitag zusätzlich Hannover, Göttingen, Dortmund.

Fraglich war, ob alle Hamburger Stadtteilgruppen Delegierte entsenden sollten, oder die Gruppen sich Arbeitsbereichen zuordnen und diese jeweils einen Delegierten entsenden. Die auswärtigen BIs bestanden auf einer Einschränkung der Zahl der Hamburger Vertrauensleute. In den folgenden Tagen wurden von Vertretern der Hamburger Gruppen zusätzliche Arbeitsbereiche gebildet (Spitze, Mitte, Ende des Zuges, die jeweils zwei Vertrauensleute entsandten).

Ansonsten wurde die Zusammensetzung der Vertrauensleutebesprechung nicht in Frage gestellt.

Es kam auch vor dem 19.2. zu keinerlei Abstimmungen, da in teilweise sehr langen Diskussionen Übereinstimmung erzielt werden konnte. Das Sprechergremium fand sich vor dem 19.2. nicht zusammen, am Freitag abend trafen die Bremer und Kieler Sprecher ein, sowie aus dem Ruhrgebiet. In Wyhl konnte kein Sprecher bestimmt werden.

3. Welche Vorgehensweise wurde festgelegt

Schon auf dem Bundeskongreß und auf den späteren Vertrauensleute-Besprechungen selbst waren die wichtigsten Prinzipien festgelegt worden. Vor allem in der Auseinandersetzung mit Konzepten, die eine Zersplitterung und individuelles Einsickern der Teilnehmer zum Bauplatz vorsahen, wurde folgendes auf dem Bundeskongreß beschlossen:

1. Einheitliche Anfahrt und Abfahrt im geschlossenen Zug,
2. Abfahrts- und Sammelpunkte: Norden: Kiel; Süden: Harburger Berge; Hamburg: Heiligengeistfeld; Nord- und Südzug treffen bei Itzehoe zusammen.
3. Sammelpunkte wurden festgelegt, bei der ersten großen Polizeisperrung, wo die Spitze nicht weiterkommt, werden die Demonstranten gesammelt, um vor allem vor Wilster die Sperre zu durchbrechen.
4. Während der Fahrt muß die Spitze des Zuges jeweils solange warten, bis der gesamte Zug geschlossen ist. Polizeimanöver innerhalb des Zuges dürfen nicht zugelassen werden.
5. Falls bis Wilster zu kommen möglich ist, ist dort der späteste Sammelpunkt, Fahrzeuge abstellen und zu Fuß weitergehen.

6. Die Demonstration hat das Ziel, den Bauplatz zu erreichen. Wir werden jedoch vorher eine Schlußkundgebung durchführen, wenn ein Weiterkommen nicht möglich ist, ohne die Gefahr, daß der Zug zersplittert wird.

7. Zusätzlich wurden Farben für die Spitze, Mitte, Ende des Zuges festgelegt. Ein Signal zum Sammeln der Vertrauensleute wurde vereinbart.

Auf dem Treffen am 18.2. wurde nach der Bestätigung des Verbots der Demo eine Diskussion über die Ziele der Demonstration geführt. Von Hannover, Bielefeld und Göttingen wurde vorgetragen, daß sie beauftragt seien, zu beantragen, daß am 19.2. kein Besetzungsversuch unternommen wird.

Nachdem zunächst einige Vertreter erklärten, daß die Besetzung nicht das Hauptziel sein könne, wurde übereinstimmend festgehalten, daß hauptsächlich das Ziel sei, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen, in der Wilster Marsch eine geschlossene Großkundgebung durchzuführen und möglichst bis zum Bauplatz zu gelangen. An diesem Abend hielten wir alle es für unwahrscheinlich, überhaupt bis nach Wilster zu kommen, da bis dorthin fünf Straßensperren der Polizei gemeldet waren.

Es wird z.T. behauptet, an diesem Abend sei beschlossen worden, keine Besetzung durchzuführen. Einen formellen Beschluß gab es nicht, konnte es von diesem Treff auch gar nicht geben. Einheitlich war, daß die Besetzung nicht Hauptziel sein könne, woran Erfolg oder nicht gemessen wird; einige, allerdings die Minderheit der Vertreter erklärte, daß sie weiterhin meinen, eine Besetzung solle versucht werden, falls wir zum Bauplatz kommen. — Daraufhin entschlossen sich viele Gruppen, ihre Vorbereitungen zur Besetzung abzubauen, da sie keine ausreichende Basis für ein solches Vorgehen sahen.

Wir sehen in der Tatsache, daß diese Fragen nicht schon früher, spätestens an diesem Abend ausdiskutiert wurde, einen schweren Fehler, da dadurch einige Gruppen auf einen Besetzungsversuch eingestellt waren, andere nicht, und die Geschlossenheit der Demonstration gefährdet und einige Teilnehmer der Polizei stärker auffallen mußten.

Allerdings halten wir die Kritik, dies sei Verrat gewesen, für falsch, denn die Mehrheit der BIs im Bundesgebiet hatten klare Beschlüsse gefaßt und zum Großteil sich für Brokdorf aber gegen eine Besetzung ausgesprochen. Unter den Bedingungen der Spaltung mit Itzehoe und des Verbots konnte das Hauptziel nur darin bestehen, die Einheit der Bewegung zu verteidigen, massive Polizeiprovokationen zurückzuschlagen, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen und zu zeigen, daß wir immer wieder kommen können.

Hätten wir zu diesem Zeitpunkt die Demonstration absagen sollen?

Einige AKW-Gegner waren und sind jetzt nachträglich der Meinung, es wäre richtiger gewesen, wenn an diesem Abend die Demonstration abgesagt worden wäre, bzw. schon einige Tage früher, sobald klar war, daß eine Besetzung nicht möglich und auch von vielen Teilnehmern nicht getragen wird, sondern eher zu einer zusätzlichen Spaltung führen würde.

Sie meinen, daß die Durchführung einer Kundgebung ohne Besetzungsversuch eine Kapitulation darstelle und der Einschüchterung nachgegeben worden sei.

Dies halten wir für falsch. Schon auf dem Bundeskongreß war klar, daß die Hauptfrage in der Auseinandersetzung Brokdorf oder Itzehoe nicht die Form des Widerstands war, sondern die Inhalte und Ziele unseres Widerstands. Unter diesen Bedingungen mußte

die Verteidigung der Einheit der Bewegung, der Kampf gegen das Demonstrationsverbot und gegen die Pressehetze als wichtiger angesehen werden als ein Besetzungsversuch um jeden Preis zu diesem Termin. Dies hieß ja für die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer nicht prinzipiell auf Besetzungsversuche zu verzichten (z.B. Grohnde, aber auch in Brokdorf), sondern die Bedingungen der Spaltung und des Verbots, die bundesweite Verwirrung und die Pressekampagne rea-

listisch einzuschätzen. Ein Absagen der Demonstration wäre die Kapitulation vor dem Verbot und der Spaltung gewesen, wir hätten es den AKW-Befürwortern ermöglicht, die Itzehoe-Kundgebung als die Kundgebung der AKW-Gegner hinzustellen und wegen einer Differenz über die Formen des Widerstandes der Einheit der Bewegung schwer geschadet. Ein großer Rückschlag und Resignation innerhalb der BIs wäre die Folge gewesen.

Die Arbeit der Demonstrationsleitung am 19.2. selbst

1. Die Situation bei der Abfahrt

Um 5 Uhr 30 bis 6 Uhr 30 fand auf dem Heiligengeistfeld eine Vertrauensleutebesprechung statt, an der fast alle BIs teilnahmen. Dort wurden die Diskussionsergebnisse der Vortage wiederholt, Sammelpunkte angegeben und noch einmal die Prinzipien erläutert. Widerspruch trat nicht auf. Es herrschte nach den ständigen Radiomeldungen und den Berichten über Polizeisperrungen ziemliche Unsicherheit, ob wir überhaupt in die Wilster Marsch kommen würden. Bekannt waren drei Sperren vor Itzehoe und die Sperrung der Stör-Brücke, sowie zwei Sperren bis Wilster.

Das Informationssystem funktionierte zu diesem Zeitpunkt sehr schlecht. Fehlerhaft war, daß von Hamburg kein Trupp zur Aufstellung der Buskolonne festgelegt war. Dies mußte spontan organisiert werden und dauerte ca. 1 1/2 Stunden. Um 7.30 Uhr fuhren die ersten, um 8.30 Uhr die letzten Busse vom Heiligengeistfeld ab.

Am Treffpunkt Harburger Berge war zunächst keine Verbindung zum Hamburger Büro, dort wurde eine Zeitlang entgegen der Abmachung ausgegeben, die Busse sollten nach Hamburg fahren, die Bremer Busse entschieden dies selbständig aufgrund von Radiomeldungen. Schließlich fuhr einer der Sprecher zu diesem Treffpunkt und führte dort Vertrauensleutebesprechungen durch und organisierte die Abfahrt.

Im geschlossenen Konvoi fuhren vom Heiligengeistfeld ca. 15.000 Menschen, von Harburger Berge ca. 4.000 ab, der Konvoi vereinigte sich auf der Autobahn und wuchs auf 15 km Länge und mehr als 20.000 Teilnehmern an.

Der Nordzug konnte die Fahrt zügiger organisieren und gelangte ohne wesentliche Verzögerungen bis Itzehoe.

2. Während der Fahrt bis Itzehoe

Bei der Abfahrt konnten die vorgesehenen Blöcke, Spitze, Mitte, Ende gebildet werden. Die Verbindung war jedoch während des gesamten Tages sehr schlecht; es gab zu wenig Motoradmelder und Funkgeräte. Dadurch gab es mehrfach Verwirrung, besonders wurde den hinteren Teilen nicht klar, warum mehrfach Verzögerungen auftraten. Außerdem entstand Verwirrung dadurch, daß ca. 2.000 Menschen mit Bussen und PKWs aus Hamburg bereits vorgefahren waren, sich mit dem Nordzug und einzelnen Menschen in Itzehoe trafen und dort lange (2-3 Std.) warten mußten. Ca. 500 Menschen hatten sich bereits am Vormittag über die Wiesen von Itzehoe aus bis zum Bauplatz durchgeschlagen und wurden von der Polizei nicht weiter behelligt, da diese ihre Kräfte gegen den Hauptkonvoi konzentrierte.

Mehrfach gab es kürzere Stops (weil ein Bus ausfiel, wegen der Ampeln oder weil einzelne Unterbrechungen im Zug entstanden). Einen längeren Halt gab es bei Horst, da dort die Polizei hinter den ersten Bussen versuchte, eine Sperre zu errichten, um einen LKW zu beschlagnehmen. Hier bestand Kontakt nach hinten und zum BUU-Büro. Die Vertrauensleute und Sprecher an der Spitze des Zuges führten eine Beratung durch. Die Polizeifahrzeuge wurden gestoppt, die Straße gesperrt und eine Delegation verhandelte mit der Polizei, daß wir erst weiterfahren würden, wenn die gesamte Straße freigegeben wird. Nach ca. einer Stunde gab die Polizei die Straße frei und der Zug konnte weiterfahren. Auf der Weiterfahrt gab es mehrfach Versuche der Polizei, den Konvoi zu unterbrechen. Dies mußte jedoch immer wieder aufgegeben werden, da wir alle zusammenhielten.

3. Von Itzehoe bis Wilster

Entgegen der Lage am frühen Morgen war inzwischen die Störbrücke freigegeben, auf der vorher vier Hundertschaften Polizei gestanden hatten.

Nach kurzer Beratung fuhren wir über die Störbrücke. Die dort wartenden ca. 1.500 Menschen wurden in den Bussen und PKWs aufgenommen. Hinter der Störbrücke mußten wir längere Zeit halten, da die Durchfahrt durch Heiligenstedten durch die wartenden Menschen und PKWs total verstopft war. Hier war ebenfalls eine Polizeisperre, die kurz vor unserer Ankunft zurückgezogen wurde. Nach einer Beratung mit den Vertretern des Nordzuges konnte die Spitze weiterfahren. Kurz hinter den ersten zehn Bussen wurde der Konvoi erneut unterbrochen, da viele Menschen die Straße wieder blockierten und zu Fuß nach Wilster gingen. Es gelang uns nicht, die ersten fünf Busse anzuhalten. Die fuhren weiter, hielten schließlich doch noch an. Es klappte zu diesem Zeitpunkt eine große Lücke zwischen der Spitze und dem Hauptteil des Konvois, die von der Polizei hätten getrennt werden können. Dies wurde auch versucht.

Wir erfuhren, daß das Ende des Zuges sich immer noch in Horst

befindet und große Stockungen wegen erneuter Versuche der Polizei, den Konvoi zu unterbrechen, aufgetreten waren. Ein Teil der Sprecher ging zu den Vertretern des Nordzuges und überzeugte sie, am Rand der Straße zu gehen, so daß schließlich der Konvoi weiterfahren konnte. Die Sprecher berieten daraufhin mit dem Vertrauensleuten der Spitze kurz die Weiterfahrt, es wurde vereinbart, daß wie vorher beschlossen, in Wilster die Busse abgestellt und dort der Zug gesammelt werden sollte. Entgegen dieser Absprache fuhren die ersten fünf Busse bis Dammfleth vor und warteten dort unmittelbar vor der Polizeisperre ca. eine Stunde. Auch dort wäre ein Polizeiüberfall schnell möglich gewesen. Nach mehrfacher Aufforderung kehrten diese Busse schließlich nach Wilster zurück.

4. In Wilster

Um 13 Uhr 30 traf die Spitze des Konvois in Wilster ein, für 14 Uhr 30 wurde die Vertrauensleutebesprechung angesagt. Sie begann ca. 14 Uhr 30 und dauerte bis 15 Uhr 15. Um 15 Uhr 35 verließ die Spitze des Demonstrationszuges Wilster, die letzten ca. eine Stunde später.

Später wurde kritisiert, daß die Sammlung in Wilster zu lange gedauert habe, bzw. überflüssig gewesen sei. Dies halten wir für falsch.

Um 14 Uhr 15 – als die Vertrauensleutebesprechung angesagt wurde, befand sich das Ende des Konvois noch auf der Störbrücke. Mit den Vertrauensleuten von dort konnte keine Beratung durchgeführt werden. Die Polizei versuchte während der ganzen Zeit, den Zug immer wieder zu unterbrechen, die Einfahrt nach Wilster abzuschneiden. Verschiedene Kontrollen wurden durchgeführt. Zu Verhaftungen kam es jedoch nicht, da immer wieder viele Menschen zusammen waren.

Es wäre jedoch sehr gefährlich gewesen, ohne Sammlung des gesamten Zuges weiterzuziehen. Eine weitere Verzögerung trat dadurch ein, daß viele tausend Menschen von Itzehoe aus zu Fuß gehen mußten. Dies dauerte lange und außerdem waren die Straßen verstopft. Wir meinen, daß wir vorher bessere Abstellmöglichkeiten für die Fahrzeuge hätten erkunden müssen, um eine schnellere Aufstellung durchführen zu können. Kaum jemand hatte jedoch damit gerechnet, daß wir mit den Autos so weit kommen würden.

Wenn davon gesprochen wird, wir hätten die Spitze des Zuges zurückgeholt, um den Weitermarsch zu verzögern, ist dies eine Verdrehung der Tatsachen.

5. Vertrauensleutebesprechung in Wilster

Auf der Vertrauensleutebesprechung waren ca. 40 Vertreter von BIs. Es wurde von einem Sprecher ein Überblick über die Lage gegeben. Allgemein wurde das bisherige Ergebnis als äußerst positiv eingeschätzt, v.a. die Geschlossenheit des Zuges. Es herrschte die Meinung vor, daß nur dadurch bisher Polizeiprovokationen größeren Umfangs vermieden werden konnten und das Demonstrationsverbot durchbrochen worden sei.

Vorschlag des Sprechers war, die Sperre Dammfleth zu umgehen, zunächst in Richtung St. Margarethen, dann Richtung Bauplatz abzubiegen. Bei der ersten Sperre sollte die Demonstration gesammelt werden, und von den Vertrauensleuten das weitere Vorgehen entschieden werden. Einzig der KBW nahm lautstark dagegen Stellung; sein Vorschlag war, mit PKWs verschiedene Wege einzuschlagen, v.a. über St. Margarethen zum Bauplatz vorstoßen. Nicht bei der Sperre sammeln, sondern durchbrechen oder umgehen.

In der Diskussion wurde dem KBW-Vorschlag von allen Seiten widersprochen. PKWs sollten nicht mitgenommen werden, und Sammeln vor der Sperre sei notwendig, um die Kräfte einzuschätzen. Noch einmal erklärten mehrere BIs, daß sie gegen einen Versuch der Bauplatzbesetzung seien.

Schließlich wurde nach einer Abstimmung, in der die überwältigende Mehrheit gegen einzig die Stimmen des KBW für den Vorschlag des Sprechers stimmte, die Besprechung eilig abgebrochen, da kritisiert wurde, wir hielten die Demonstration zu lange auf. Anstatt einer Rede wurde in Wilster nur das Ergebnis der Beratung bekanntgegeben und die bisherige Aktion als großer Erfolg eingeschätzt.

6. Die Demonstration durch die Wilster Marsch

Nachdem durch den Sprecherrat die Entscheidung bekanntgegeben worden war, wurden die Blocks Spitze, Mitte, Ende wieder hergestellt, weil einzelne versuchten, sich an die Spitze zu setzen, um dadurch selbst die Entscheidungen fällen zu können (KBW). Der Zug

erreichte eine Länge von vier bis fünf Kilometer und wurde von der Polizei wegen der Geschlossenheit und Stärke nicht angegriffen. Ca. 20.000 Menschen hatten sich mit Schutzausrüstung, Helmen, Schilden etc. versehen.

Die Teilnehmerzahl der Demonstration wurde vom BGS auf 40.000 geschätzt. Die Demonstration hatte eine bisher bei ähnlichen Aktionen nicht gekannte Geschlossenheit. Alle Teilnehmer hatte große Strapazen auf sich genommen und waren sich bewußt, eine „verbotene Demonstration“ durchzuführen.

Sie hatte sich deshalb auf eine Verteidigung gegen Polizeiprovokationen eingestellt. Die meisten Sprecher gingen an der Spitze des Zuges, ein Teil beim Lautsprecherwagen. Zwischen den Sprechern und den Vertrauensleuten der Spitze wurde eine Beratung durchgeführt, bei Neufeld Richtung Bauplatz abzubiegen. Zu diesem Zeitpunkt war uns bekannt, daß dort eine Polizeisperre war. Als Alternative hätten wir nur bis St. Margarethen, bzw. kurz davor, weitergehen können, was einen zusätzlichen Marsch von ca. 1 1/2 Stunden bedeutet hätte. Dann wäre sicherlich auch dort eine Sperre gewesen. Zu dieser Entscheidung gab es keinen Widerspruch.

Wie vorher von den Vertrauensleuten entschieden, wurde die Demonstration bei der Sperre Neufeld gesammelt. An dieser Stelle versuchte der KBW über längere Zeit, die Aufforderung, sich auf der Wiese zu sammeln, zu unterlaufen und direkt auf die Polizeisperre loszugehen. Dies wurde durch Mitglieder der BIs aus Hamburg und anderen Städten vereitelt und zugleich der Lautsprecherwagen geschützt. Wir unterstützten diese Maßnahme ausdrücklich, da das Vorgehen des KBW eine unmittelbare Provokation bedeutete. Ziel dieser Provokation war es offensichtlich, allen Demonstrationsteilnehmern einen Weitermarsch und die Konfrontation mit Polizei und BGS aufzuzwingen, was in dieser Situation die sichere Niederlage bedeutet hätte.

Der Eifer des KBW, den Bauplatz über die Wiese zu erreichen, legte sich nach ca. 100 Metern von selbst, als niemand ihm folgte, obwohl dieser Zug nicht durch Ordnung behindert wurde.

Außer dem KBW gab es auch dort niemanden der dieser Entscheidung widersprochen hat. Danach gab es keinen ausdrücklichen Beschluß der Vertrauensleute, daß hier die Abschlussskundgebung durchgeführt werden solle. Auch nicht alle Sprecher konnten an der Beratung beteiligt werden.

Es war den Sprechern und Vertrauensleuten an der Spitze des Zuges bekannt, daß ca. 500 m hinter der Sperre starke Polizeikräfte massiert waren. Es wäre zwar möglich gewesen, über die Wiesen bis zum Bauplatz zu gehen, dies hätte jedoch mit Sicherheit zur Folge gehabt, daß der Zug auf dem Marsch oder bei Ankunft am Bauplatz unterbrochen worden wäre, um einen Teil abzuspalten und konzentriert von Polizei und BGS anzugreifen, viele zu verletzen und zu verhaften. Die Polizei hatte mit ihrer Aufstellung einen regelrechten Schlauch für uns gelassen, in den wir hineingehen sollten und so von drei Seiten von der Polizei eingekesselt worden wären. Diese Informationen wurden von Kradmeldern und aus dem Bauwagen, sowie von den Sanitätsstationen und dem Ermittlungsausschuß bestätigt.

Wäre es richtig gewesen weiterzugehen? Warum wurde keine Vertrauensleutebesprechung durchgeführt?

Wir halten dies für einen Fehler des Sprechergremiums, nicht vor Beginn der Rede für eine Vertrauensleutebesprechung gesorgt zu haben. Die mit der Rede beauftragten BUU-Mitglieder kamen zum Lautsprecherwagen und begannen nach kurzer Zeit der Sammlung mit der Rede. Alle anwesenden Sprecher und Vertrauensleute waren sich einig, daß es richtig sei, nach dieser Kundgebung den Rückmarsch anzutreten. Dabei begründete sich dies nicht auf die „Stärke“ der Polizeisperre Neufeld, sondern v.a. auf die Tatsache, daß es galt, die Einheit dieser Aktion auch weiter zu verteidigen. Ein weiteres Vorgehen hätte zu einer Spaltung der Demonstration geführt, da sehr viele BIs und Teilnehmer keinen Angriff auf den Bauplatz wollten und das Hauptziel unserer Aktion das Demonstrationsverbot zu durchbrechen, und eine Kundgebung möglichst nahe am Bauplatz durchzuführen, erreicht war.

Dazu kam, daß die Dunkelheit hereinbrach (Sonnenuntergang 17.44 Uhr). Die Gefahr, daß ein Teil der Demonstranten von der Polizei abgeschnitten und konzentriert angegriffen worden wäre, war sehr groß.

Dies hätte der Gegenseite die gewünschte Schlacht geliefert, die wir noch verloren hätten. Zusätzlich zur Spaltung der Demonstration wäre die entscheidende politische Konsequenz gewesen, daß viele Menschen zu uns das Vertrauen verloren und sich an den Organisatoren von Itzehoe orientiert hätte. Deshalb halten wir die Entscheidung, an der Sperre Neufeld die Schlußkundgebung durchzuführen für vollständig richtig.

Von einigen Leuten wird kritisiert, wir hätten die Polizei auffordern sollen, zur Seite zu gehen. Dies halten wir für falsch, da auf eine Aufforderung auch Taten folgen müssen. Wenn wir nicht weitergehen wollten, dann nicht wegen der kleinen Polizeisperre, sondern wegen der Gesamteinschätzung der Lage. Eine Aufforderung, der die Polizei nicht folgt, hätten wir durchsetzen müssen, sonst wäre dies nur Demonstration unserer Schwäche gewesen. Ein Weitergehen hätte aber die oben beschriebenen Konsequenzen gehabt.

Die Kundgebung selbst war für viele Teilnehmer frustrierend, da die Lautsprecheranlage nur ca. 8.000 Menschen erreichte. Die Demonstrationsleitung muß Selbstkritik üben, daß der Inhalt der Rede, die vorgebracht wurde, keine Zusammenfassung der Erfahrungen des Tages, sondern nur in sehr allgemeiner Weise die Grundlagen unseres Kampfes darstellte. Diese Rede war vorher nicht einmal den Vertrauensleuten und Sprechern vorgelegt worden. Dies muß in Zukunft unbedingt geschehen.

7. Rückmarsch

Wenn es auch für den Rückmarsch bis Wilster eine organisierte Nachhut gab, die in der Lage war, die Demonstranten vor der nachrückenden Polizei zu schützen, so muß doch eine gewisse Auflösung des Zuges konstatiert werden. Bei den meisten Menschen herrschte Sorglosigkeit vor, die Gefahr schien gebannt, weil wir ja nicht mehr vor- sondern zurückgingen. Diese Sorglosigkeit, die den durch und durch provokatorischen Charakter der Polizeieinsätze negiert, ist sehr gefährlich, und sollte vor jeder Aktion gründlich bekämpft werden!

Die Demonstrationsleitung stand vor verschiedenen Aufgaben:

1. Für diejenigen, die zu Fuß aus Itzehoe gekommen waren, mußte ein Pendelverkehr übernommen werden.
2. Die Angriffe der Bullen, die versuchten, nach Wilster hineinzukommen, mußten abgewehrt werden.
3. Die Gerüchte, die vom KBW ausgestreut wurden, 6.000 Menschen seien in der Marsch abgeschnitten, mußten nachgeprüft, widerlegt und die Angriffe des KBW auf den Lautsprecherwagen abgewehrt werden. Auch in diesem Fall schützten BI-Mitglieder den Lautsprecherwagen und entfernten KBW-Mitglieder, die sich das Mikrofon erkämpft hatten. Auch diesen Einsatz von BI-Mitgliedern billigen wir ausdrücklich.

Der eingerichtete Pendelverkehr konnte nach und nach den größten Teil der Fußgänger nach Itzehoe zurückbringen.

Die Straßensperren gegenüber der Polizei hielten. Bei den Vorfällen am Ortsausgang nach Itzehoe (MEK-Einsätze) konnte die Demo-Leitung jedoch nicht eingreifen. Die Sprecher bateten verschiedene Vertrauensleute mit ihren BIs, für den Schutz des Ortsausgangs zu sorgen.

Trotz vieler Bemühungen kam eine geschlossene Organisation der Rückfahrt nicht mehr zustande. Wir halten dies für den größten Mangel der Demonstration, da dies der Polizei die Möglichkeit bot, noch zig Verhaftungen vorzunehmen, die vermeidbar waren.

Wir meinen, daß in Zukunft die Probleme des Rückmarsches ausführlich vorher beraten werden müssen, da sie ebenso wichtig, meist noch schwieriger als die der Anfahrt sind. Dies war nicht geschehen (ebenso Grohndel). Die Mitnahme von PKWs gegen die Abmachungen über Wilster hinaus, die Mentalität, jeder so schnell wie möglich nach Hause, oder jetzt kann nichts mehr passieren, setzten sich z.T. durch und zeigten noch sehr geringe Erfahrungen mit den Bürgerkriegsmännern der Polizei, die sich immer den Zeitpunkt der Schwäche der Demonstration auswählt, um ihre Angriffe zu starten. Ein Teil der Sprecher und Vertrauensleute hatte sich schon vor der endgültigen Abfahrt der letzten Teilnehmer entfernt, einige hatten die übrigen informiert – andere nicht. Dies muß kritisiert werden. Eine gemeinsame Beratung der Vertrauensleute nach Beendigung einer solchen Aktion ist unbedingt notwendig, um den Rückzug/Fahrt, die Aufreihung und neue Treffen zur Auswertung festzulegen. In Wilster bestand wieder guter Kontakt zum BUU-Büro, Ermittlungsausschuß und Sanitätern.

Zuletzt waren auf dem Wilster Marktplatz noch die Kieler BI und die Hamburg-Eimsbüttler, die dann gemeinsam abfuhren, als der Abmarsch abgeschlossen war.

Seit diesem Zeitpunkt hat die Demonstrationsleitung nicht mehr gearbeitet und ist nicht mehr zusammengetreten. Insbesondere wurde keinerlei Presseerklärung erarbeitet, keine genaue Zusammenstellung der Demonstrationsvorkommnisse vorgenommen, um für eine einheitliche Einschätzung in den BIs Sorge zu tragen und einen einheitlichen Informationsstand zu gewährleisten. Dafür müssen alle Sprecher und Vertrauensleute Selbstkritik leisten. Wir meinen, daß die nachträglich aufgetretenen Differenzen über die Einschätzung des 19.2. dafür keine Rechtfertigung sind und insbesondere nicht einzelne Sprecher und Vertrauensleute dazu legitimieren, sich der gemeinsamen Erstellung des Berichts der Demonstrationsleitung zu entziehen. Wir sehen darin ein Ausweichen vor der politischen Auseinandersetzung über die Lehren des 19.2. und eine Gefährdung der Einheit der Anti-AKW-Bewegung.

Insgesamt hat sich das Grundkonzept der Demonstrationsleitung bewährt, es wurden fast immer einhellige Entscheidungen gefällt, an denen sich alle BIs beteiligt fühlten und sie mit durchsetzten.

Mangelhaft war es, daß der Sprecherrat sich nicht vor dem 19.2. über die politischen Ziele der Demonstration beriet und dadurch oft der Eindruck entstand, mehr den Manövern der Polizei und des BGS gemäß zu reagieren, als selbst den Verlauf der Demonstration zu bestimmen.

Wir halten es für opportunistisch, daß innerhalb des Sprechergremiums und der Vertrauensleute die verschiedenen Möglichkeiten der Demonstration vollständig offengehalten wurden und „vor Ort“ entschieden werden sollten. Die hauptsächlichsten politischen Konstellationen, aus denen sich ergab, daß am 19.2. keine Besetzung durchgeführt werden konnte, waren bereits vorher offenkundig und hätten realistisch eingeschätzt werden können.

Auszüge aus dem Bericht des Telefondienstes im Hamburger BUU-Büro, in Verbindung mit Kontaktbüro Wilster, Itzehoe, Bauwagen Brokdorf.

Fahrt des Konvois:

- | | |
|-----------|---|
| 9 Uhr 10 | Spitze Pinneberg-Nord, Ende noch nicht auf der Autobahn; |
| 9 Uhr 40 | Spitze durch Polizeisperre unterbrochen bei Pinneberg-Nord; |
| 10 Uhr | Sperre wieder aufgehoben, Konvoi im Marsch; |
| 10 Uhr 30 | Spitze hat Horst passiert; |

10 Uhr 40 Spitze kurz vor Steinburg 60 – 70 Busse, 200 PKW; Unterbrechung wegen Polizeiaktion gegen Lastwagen; Polizeisperre im Zug;
 11 Uhr 30 Spitze fährt weiter;
 12 Uhr 15 Spitze vor Itzehoe, hintere Hälfte steht noch in Horst;
 12 Uhr 25 Spitze über die Störbrücke rüber, in Heiligenstedten, Ende noch in Horst
 12 Uhr 45 Spitze wartet in Heiligenstedten;
 13 Uhr 05 Spitze weitergefahren bis kurz vor Wilster, Kreuzung; Mitte in Heiligenstedten, Ende in Neuenbrook, kurz hinter Horst;
 14 Uhr 7.000 Menschen in Wilster

Polizeisperren:

18.2.
 19 Uhr 15 Alle Wetterbrücken um das Baugelände sind gesperrt durch Wasserwerfer und Sperrgitter.
 22 Uhr 30 Zwischen Wilster und Wewelsfleth auf der B 5 jede Abfahrt gesperrt; Straße Wilster nach Brokdorf kurz vor Hochfeldt gesperrt, 1 Hundertschaft; Störbrücke bei Itzehoe mit 4 Hundertschaften gesperrt; auf dem Bauplatz werden Schießübungen abgehalten, außerdem befindet sich ein Sonderzug des BKA mit Bildanschluß an den zentralen Computer in Wiesbaden im Einsatz. Wasserschutzpolizei auf der Elbe, Polizei verteilt an Durchfahrende Flugblätter, nach Itzehoe zu gehen; am Bauplatz 30 Panzerspähwagen mit Räumgittern.
 23 Uhr 30 Umgehung Wilster 2 km vor Dammfleth massive Sperre; auf der Straße nach Itzehoe über alle Kontrollen aus Richtung Hamburg; Straßen hinter Wilster auch nach St. Margarethen gesperrt.
 0 Uhr 30 Auf dem Bauplatz 20 Panzerspähwagen und 30 Wasserwerfer;
 1 Uhr 45 Mehrere Hundertschaften Polizei stehen auf dem Deich; alle Störfähren sind stillgelegt; zwischen Pinneberg und Elmshorn bei Tornesch 30 Mannschaftswagen – Straßenkontrolle;

19.2.
 morgens 20 Mannschaftswagen fahren nach Harburger Berge

Morgens um 6 gab es folgende Polizeisperren bis Wilster:

Tornesch (Pinneberg) 20 Mannschaftswagen
 Horst Neuenbrook massive Sperre
 Störbrücke 4 Hundertschaften
 Heiligenstedten massive Sperre
 hinter Itzehoe Polizeisperre Tornesch aufgehoben (bei Ankunft des Konvois)
 8 Uhr 55 Sperre Horst ebenfalls aufgehoben (bei Ankunft des Konvois)
 kurz danach Tornesch wiedererrichtet
 9 Uhr 40 wieder aufgehoben
 10 Uhr Kontrolle besteht noch um 10 Uhr 30
 Neuenbrook bei Ankunft des Konvois ca. 12 Uhr aufgehoben
 12 Uhr 25 Keine Sperre mehr zwischen Horst und Itzehoe
 12 Uhr 45 Sperre Heiligenstedten aufgehoben (bei Ankunft des Konvois)

Ungefäher Überblick über die Teilnehmerzahlen: (Abfahrt Heiligegeistfeld)

Köln 4 Busse	Hamburg 32 Busse	Münster 7 Busse
Berlin 4 Busse	Osnabrück 8 Busse	Emden 1 Bus
Duisburg 2 Busse	Bielefeld 8 Busse	Bremerhaven 2 Busse
Frankfurt 3 Busse	Gr. Gerau 3 Busse	Hannover 3 Busse
Lüneburg 5 Busse	Göttingen 6 Busse	Pinneberg 2 Busse
Ulm 2 Busse	Eschwege 3 Busse	Osterode Harz 1 Bus
Nordheim 2 Busse	Bremen 30 Busse	Darmstadt 3 Busse
Stade 2 Busse	Heidelberg 1 Bus	Itzehoe 3 Busse
Aachen 2 Busse	Segeberg 2 Busse	Wattenscheid 1 Bus
Mainz 2 Busse	unbekannte Nummernschilder 6 Busse	

dazu ca. 500 PKW

(Abfahrt Harburger Berge)

Dortmund 4 Busse	Hannover 17 Busse	Essen 1 Bus
Tübingen 1 Bus	Marburg 1 Bus	Heidelberg 1 Bus
Hildesheim 5 Busse	Braunschweig 2 Busse	Karlsruhe 1 Bus
Würzburg 1 Bus	Nürnberg 2 Busse	Reutlingen 4 Busse
Mannheim 1 Bus	dazu ca. 200 PKW	

Insgesamt wurden ca. 6.000 Menschen in der ganzen BRD und Westberlin an der Fahrt nach Hamburg gehindert.

Solidaritätsadressen:

Nur besonders wichtige: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, aus Mailand, aus Tirol, aus Norwegen, wo eine Solidaritätsdemonstration durchgeführt wurde; aus Frankreich, Dänemark und Holland.

War der 19.2. ein Erfolg?

1. Wir wollen darauf hinweisen, daß es für die Einschätzung der Aktion vom 19.2. nicht ausreicht, den Ablauf der Aktion selbst zu diskutieren. Die Situation vor dem 19.2. war gekennzeichnet von einer beispiellosen Hetzkampagne in den Medien, durch Einschüchterung und Bedrohung mit dem staatlichen Bürgerkriegsapparat und durch die politische und organisatorische Spaltung, die von außen in die Anti-AKW-Bewegung hineingetragen wurde.

Der Erfolg des 19.2. liegt darin, daß es gelungen ist, in dieser schwierigen und für die Anti-AKW-Bewegung neuen Situation unbeirrbar zu mobilisieren und an den richtigen Forderungen und Zielen festzuhalten und das Recht auf Demonstration am Bauplatz zu verteidigen, ohne dabei das Recht auf Bauplatzbesetzung aufzugeben.

Es ist der „großen Koalition“ von Atomindustrie, Bundes- und Landesregierung, Parteiführung von CDU, SPD, FDP und DKP, sowie der Hetze der gesamten Presse, die von BBU-„Vorsitzendem“ Wüstenhagen und einigen Mitgliedern der BI Krempe mitunterstützt wurden, nicht gelungen, die AKW-Gegner als „ein paar tausend bundesweit zusammengekarrte Chaoten“ in eine Polizeifalle zu treiben. Mehr als 40.000 Menschen haben entschlossen in der Wilstermarsch demonstriert, die Pressekampagne Lügen gestraft und das Demonstrationsverbot durchbrochen.

Dies war die größte Demonstration von AKW-Gegnern überhaupt und die größte verbotene Demonstration seit Bestehen der BRD. 2. Bundesweit ist innerhalb der Anti-AKW-Bewegung das Bewußtsein darüber gewachsen, wer unsere Feinde und wer unsere Freunde sind. Gegen die Verfälschung der Ziele der Anti-AKW-Bewegung auf der Itzehoe-Kundgebung – maßgeblich durch SPD und DKP – auf die Sackgasse über die Gerichte und Parlamente, zu Moratorien und „mitbestimmen“ AKWs haben sich die allermeisten Bürgerinitiativen auf die Grundlagen des Wilsterkongresses gestellt.

Damit wurde zugleich die Überparteilichkeit der Bürgerinitiativen verteidigt, Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten abgewehrt und an der Einheit aller ehrlichen AKW-Gegner festgehalten.

Die Demonstration vom 19.2. hat zugleich bewiesen, daß unterschiedliche Auffassungen über die Formen des Widerstandes zwar bestehen, daß wir es jedoch nicht zulassen werden, dies zur Spaltung der AKW-Gegner auszunutzen. Diese politischen Grundlagen der Einheit der Anti-AKW-Bewegung müssen festgehalten und in möglichst allen Bürgerinitiativen verankert werden, um für kommende Auseinandersetzungen besser vorbereitet zu sein.

3. Die Bürgerinitiativen haben bewiesen, daß sie gegenüber der Kriminalisierung und Verbotsdrohungen solidarisch zusammenstehen und praktisch ihre demokratischen Rechte verteidigen. Der 19.2. hat auch bewiesen, daß wir Provokationen der Polizei in immer besserem Maße abwehren können und uns wirksam schützen können. Um so mehr gilt unsere Solidarität all denjenigen, die jetzt exemplarisch herausgegriffen und kriminalisiert werden sollen.

4. Die Bürgerinitiativen haben in der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration am 19.2. wichtige Formen der selbständigen Organisation entwickelt, mit denen sie ihren Kampf weiterführen müssen.

Gegenüber der Gleichschaltung der Medien wurde in Ansätzen ein Gegeninformationssystem entwickelt.

Gegenüber den selbsternannten Sprechern und Vorsitzenden wie Wüstenhagen, gegenüber Spaltungsversuchen und Tarninitiativen, – alles Mittel, mit denen die Verwirrung und Spaltung der Bewegung ermöglicht wird, haben wir mit der Durchführung der Bundeskongresse sowie der Einrichtung von mehreren Landeskonferenzen im Bundesgebiet Möglichkeiten entwickelt, demokratische Strukturen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu schaffen, die allen AKW-Gegnern die Mitarbeit und Mitentscheidung ermöglichen.

Damit konnte den Gerüchten, die durch Wüstenhagens Erklärungen und die Briefe der BI Krempe entstanden, schließlich wirksam entgegengearbeitet werden.

Mit den Ermittlungsausschüssen und Sanitätsdiensten konnte erstmals eine bundesweite Zusammenarbeit entwickelt werden und ein Schutz der Demonstrationsteilnehmer gewährleistet werden.

Erstmals konnte während einer solchen Massendemonstration unter schwierigsten Bedingungen ein einigermaßenes Informationssystem, eine Verkehrslenkung und eine feste Einteilung der Demonstrationsblöcke durchgeführt werden, durch die der Zusammenhalt gegen Polizeiübergriffe zum großen Teil erfolgreich war. Ohne dies wäre an ein Durchbrechen des Demonstrationsverbots und die Auflösung von 5 Polizeisperren bis Wilster nicht zu denken gewesen.

5. Erstmals konnte auf einer solchen Massendemonstration eine Demonstrationsleitung arbeiten, die zu fast jedem Zeitpunkt einen relativ guten Überblick über die Lage hatte und ihren Beschlüssen Geltung verschaffen konnte. Eine entscheidende Voraussetzung für die Einheitlichkeit der gesamten Aktion war das Zustandekommen einer demokratisch gewählten Demonstrationsleitung, die auf Grundlage der Beschlüsse der Landeskonferenzen der BUU und der Bundeskonferenzen in Wilster arbeitete. Durch die Struktur der Demonstrationsleitung aus gewählten Vertrauensleuten der Bürgerinitiativen besaß sie breiten Rückhalt und Unterstützung in den BIs, so daß die verschiedenen Vorstellungen der BIs über die Aktion zusammengefaßt und ein einheitliches Vorgehen festgelegt werden konnte. Ohne eine solche Repräsentation der BIs in der Demonstrationsleitung hätte unserer Meinung der Erfolg des 19.2. nicht erzielt werden können, zumal dies auch schon in der Mobilisierung zum 19.2. eine entscheidende Rolle für sehr viele BIs spielte, daß sie selbst in der Demonstrationsleitung mitvertreten sein sollten.

Zwar fand die Aktion vom 19.2. in einer extrem gespannten Situa-

tion statt, wir sind jedoch der Meinung, daß wir bei jeder großen Aktion einer solchen demokratischen Massenbewegung, wie sie die Anti-AKW-Bewegung darstellt, nach diesem Prinzip verfahren müssen, um die Leitung mit dem nötigen Rückhalt und Vertrauen auszustatten.

6. Durch die Demonstration vom 19.2. ist die Anti-AKW-Bewegung gestärkt worden, ihr Selbstvertrauen gestiegen. Gerade in Teilen der Bevölkerung, die bisher noch nicht an unserem Kampf in größerem Umfang teilnehmen, wie besonders in Betrieben und Gewerkschaften, oder auf dem Lande, ist durch unsere Aktion eine Diskussion über die Gefahren der Atomanlagen gefördert worden, die sich in immer mehr Protesten zeigt. Neue Hetzkampagnen werden weniger Glauben finden, Spaltungsmanöver treffen uns nicht mehr unvorbereitet.

Es ist den AKW-Befürwortern nicht gelungen, durch eine Polizeischlacht uns zu isolieren, sondern im Gegenteil: ihr Atomprogramm ist in größere Schwierigkeiten gekommen und verzögert sich weiter.

Wir meinen, daß diesen Erfolgen gegenüber die Tatsache, daß es am 19.2. nicht zu einer Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf kommen konnte, keine negative Einschätzung des 19.2. rechtfertigt. Unsere Ak-

tion hat ihre Ziele weitestgehend erfüllt und uns für kommende Aktionen und Besetzungsversuche bessere Bedingungen geschaffen. Alle Bürgerinitiativen müssen daran festhalten, daß es ihr legitimes Recht und ihre Pflicht darstellt, praktischen Widerstand gegen den Bau von Atomanlagen zu leisten, u.a. auch durch die Besetzung der Bauplätze der AKWs.

Forderungen des Bundeskongresses von Wilster!

Wir fordern den Bundeskongreß auf, unseren Bericht über die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration am 19.2. in Brokdorf zu diskutieren, das Sprecherkollektiv zu entlasten, sowie gleichzeitig die denunziatorischen Angriffe, die gegen 2 Mitglieder des Sprechergremiums seitens des KBW vorgetragen wurden, zu verurteilen.

Der Bericht wurde verfaßt von: 2 Sprechern aus Hamburg, je 1 Sprecher aus Kiel, aus Bremen und dem Vertreter der Ruhrgebietsinitiativen aus Dortmund. Der 3. Hamburger Sprecher stimmte der Einschätzung nicht zu.

ANHANG

Zeitliche Zusammenstellung der Polizeiübergriffe vom 18. bis 20.2.1977.

18.2., 15.40 Uhr bei Horst: 5 Jugendliche aus Hannover und Berlin werden wegen „unerlaubten Waffenbesitzes“ (Bundeswehr-Übungsmunition, Borwasser, Zitronenflüssigkeit usw.) festgenommen, 4 werden bis 19.2. ca. 21 Uhr in Itzehoe festgehalten; gegen 1 wird Haftbefehl wegen § 311b StGB (Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens) beantragt, über den bis ca. 2 Uhr am 20.2. in Anwesenheit von 2 Rechtsanwälten des Ermittlungsausschusses verhandelt wird – das Gericht lehnt einen Haftbefehl ab. (Anmerkung: Dieser Jugendliche wird von einigen Gruppen fälschlich als Provokateur bezeichnet, weil er früher aktives, heute passives Mitglied der Jungen Union im Landkreis Dithmarschen ist – dieser Verdacht ist falsch).

18.2., nachts süddeutscher Raum: Zahlreiche Busse aus süddeutschen Orten werden von der Polizei an der Abfahrt, teilweise an BAB-Parkplätzen an der Weiterfahrt gehindert. So werden südlich der Rhein-Main-Linie ca. 6.000 Menschen an der Teilnahme an der Demonstration gehindert. Gleiches gilt für alle Bundesgrenzen und für die Fahrt von Westberlin ins Bundesgebiet.

19.2., 05.00 Uhr Hamburg-Fischmarkt: Hausdurchsuchung („nach Waffen“) mit großem Polizeiaufgebot, 1 Festnahme.

19.2., 08.45 Uhr Itzehoe (Ortseinfahrt): an einer Polizei-Sperre werden 7 Personen aus 2 PKW festgenommen (nach § 180 LVwG = Vorbeugehaft) und bis abends festgehalten. Die Rechtsanwälte des Ermittlungsausschusses beantragen gegen 12 Uhr richterliche Entscheidung über die Vorbeugehaft, die gegen 18 Uhr stattfindet; die Festgenommenen werden freigelassen.

19.2., 11.00 Uhr bei Horst: 2 Personen werden bei einem angeblich durch eine Polizeisperre gebrochenen LKW festgenommen; bei der Festnahme wird gegen 1 die Chemische Keule aus 30 cm Entfernung angewendet. Beide werden nach Itzehoe gebracht, später nach Neumünster und am späten Abend freigelassen. Vorwurf: „unerlaubter Waffenbesitz“.

19.2., 11.00 Uhr Der Polizeifunk meldet die Festnahme von 2 Personen bei der Polizei-Sperre bei Dammfleth.

19.2., 19.00 Uhr Wilster, BP-Tankstelle: 20 bis 30 Personen werden von ca. 10 MEK-Leuten (als Demonstranten verkleidet, mit MP's, Pistolen und Knüppeln bewaffnet) überfallen, zu Boden geworfen und teilweise gefesselt. 8 Personen werden festgenommen und über den AKW-Bauplatz später nach Itzehoe gebracht und dort in der Nacht freigelassen. Die anderen werden am Ort freigelassen, teilweise ohne Personalienüberprüfung. Begründung: Fahndung nach Besetzung des LKW's, der morgens bei Horst eine Sperre durchbrochen haben soll und Waffen geladen haben soll – in Wirklichkeit war der LKW unbeladen und hatte einen Polizeiwagen („Sperre“) umfahren.

19.2., 21.00 Uhr bei Büchsenkate (B 5 Wilster – Itzehoe): Ebenfalls MEK-Überfall („Sicherheitskommando Niedersachsen“) auf einen VW-Bus aus Bad Tölz, wie in Wilster brutale Festnahmeaktion, einzelne werden in einen Wassergraben geworfen; eilige Flucht – im Zickzack durch die Menschenmenge – als andere Demonstranten den Überfall wahrnehmen und zu Hilfe kommen wollen. Die 8 Festgenommenen werden nach Itzehoe gebracht und in der Nacht freigelassen. Da ein Polizist die Schlüssel ihres Autos verschlampt hat, sich darin aber Stiefel, Mäntel usw. befinden, werden die 8 ohne Schuhe (sie bekamen „stattdessen“ Plastiktüten) auf die Straße gesetzt. Erst auf Intervention des Ermittlungsausschusses erhalten sie Kleidung und Schuhe, später auch Schlüssel und Auto.

19.2., 22.00 Uhr BAB-Dreieck Hamburg-Nordwest und Ausfahrt Stellingen: Große Polizeisperre, dort Festnahme von 14 Personen, wieder wegen des angeblich durch die Sperre gebrochenen LKW, eine weitere Festnahme auf offener Straße in der Nacht in Altona.

19./20.2., nachts Hamburg-Fischmarkt: Erneuter Polizeiüberfall und weitere Festnahmen.

20.2., 9.00 Uhr Die Polizei in Itzehoe bestätigt, daß außer 1 Person, gegen die wegen einer anderen Sache ein Haftbefehl vorliegt, alle ca. 50 im Raum Wilstermarsch – Itzehoe Festgenommenen frei sind.

Gegen 10.00 Uhr sind auch alle in Hamburg Festgenommenen wieder frei.

Polizeieinsatz am 19.2.1977.

Nach Angaben der Landesregierung in Kiel waren etwa 6.500 Mann aus fast allen Landespolizeien und vom Bundesgrenzschutz am 19.2. in der Wilster Marsch eingesetzt. Starke Einheiten mit Wasserwerfern und Panzerspähwagen waren im Lauf der Woche aus Süddeutschland mit Sonderzügen an die „Front“ verlegt worden. Außer am Bauplatz wurden starke Einheiten auch in Itzehoe in einer Schule einquartiert, so daß dort bereits am Freitag der Unterricht ausfiel. In Brokdorf liefen Polizisten mit MP in der Hand herum. Von Freitag an wurden in der Wilster Marsch „scharfe Personenkontrollen“ durchgeführt, in der Nacht zum 19.2. wurden dort nahezu alle Straßen- und Wegkreuzungen besetzt. Auf den Straßen wurde in mehreren „Sperrkreisen“ der Verkehr unterbunden, indem mit Sand gefüllte Container quergestellt und dahinter Wasserwerfer aufgestellt wurden.

Die Polizeioperation war folgendermaßen angelegt: Eine weiträumige „search and destroy“-Aktion im ganzen Bundesgebiet und an den Grenzen. Dabei wurden „potentielle“ Demonstranten aufgespürt und an der Weiterfahrt gehindert. Teilweise wurden Busse bis zu 7 Stunden aufgehalten. Eine Rechtsgrundlage für diese Maßnahmen wurde nicht genannt, es gibt auch keine.

Bewegliche Fahrzeug- und Personenkontrollen ab Hamburg in zunehmendem Maße bis in die Wilster Marsch; Überwachung des Fahrzeugverkehrs auch auf abgelegenen Straßen in ganz Holstein, aber auch in Niedersachsen. So wurde ein Bus von Emden bis Bremen verfolgt, weil er angeblich unterwegs MP's und Gewehre geladen hatte – bei der Durchsuchung wurde natürlich nichts gefunden. Der Verkehr auf den Autobahnen nach Hamburg wurde ebenfalls überwacht.

Feste Polizeisperren wurden in der Nacht zum 19.2. zwischen Hamburg und Wilster errichtet (Tornesch, Host, Heiligenstedten, zeitweise wurde die Stör-Brücke bei Itzehoe gesperrt). Diese Sperren wurden haltend vor der anrückenden Demonstration abgebaut.

Um den Bauplatz hatte sich die Polizei „eingelagert“ und hatte gegen Nachmittag am 19.2. große Einheiten mit schweren, geländegängigen Fahrzeugen „in Stellung“ gebracht. Die Hauptkräfte der Polizei befanden sich zu diesem Zeitpunkt mit Sicherheit in der Nähe des Bauplatzes und waren nach Gerät, Mannschaftszahl und Bereitstellung (wie sich aus dem Polizeifunk ergab) z.B. zu einer größeren Zangenoperation im militärischen Sinne in der Lage gewesen.

Abschließend muß festgestellt werden, daß der Polizeifunk vorübergehend gestört wurde; durch Verwendung starker Sender, zahlreicher Frequenzen, es aber zu keinem Zeitpunkt zu einem Zusammenbruch des Funkverkehrs der Polizei gekommen ist.

Einsatz von MEK und BKA

Eine Truppe von etwa 500 Mann MEK-Leuten hatte sich unter die Demonstration etwa seit Hamburg gemischt. Alle waren als Demonstranten verkleidet. Ein wohl größerer Teil soll unbewaffnet gewesen sein und hatte die Aufgabe, „aufzuklären“, d. h. Standort und jeweilige Zusammensetzung der Demonstration an die Polizeileitung zu melden. Ein kleinerer Teil war für die oben dargestellten Überfall-Operationen ausgerüstet und abgestellt. Diese Einheiten hatten einmal ein Quartier auf dem Bauplatz, zum anderen offenbar ihr Hauptquartier in Itzehoe. Dort befand sich auch eine Sonderdienststelle des BKA, die mit einer Fernseh-Leitung in ständigem Kontakt mit dem BKA in Wiesbaden stand.

Alle Festgenommenen (auch bei Vorbeugehaft) wurden unterschiedslos ED-behandelt, die Unterlagen wurden an das BKA weitergegeben.